



Mehr für wenige: Klima-Profiteure Thomas Stocker, Reto Knutti, Rolf Wüstenhagen, Roger Nordmann, Jürg Grossen, Ulrich Spiesshofer,



Regula Rytz, Markus Ritter, Marc Chardonens und Renat Heuberger (v. l.).

Klima

Auf der Gewinnerseite

Von Beat Gygi, Hubert Mooser und Florian Schwab — Kampf gegen den Klimawandel als Geschäftsmodell: Mit Milliarden von Steuerfranken betreiben Politiker, Verbandsvertreter, Unternehmer und Wissenschaftler eine ökologische Umsteuerung. Es lohnt sich für sie.

Photovoltaik für den Klimaschutz: Wir brauchen 25 Mal mehr Solarstrom.» Zwei Tage nach den grün geprägten Zürcher Kantonalwahlen war das die Hauptschlagzeile auf der Homepage des Branchenverbandes Swissolar. Solarenergie spiele eine zentrale Rolle zum Abwenden der Klimakatastrophe, hiess es, der jährliche Zubau von Fotovoltaik-Anlagen in der



Schweiz müsse im Vergleich zu heute verfünffacht werden (von 0,3 auf jährlich 1,5 Gigawatt), die Förderpolitik sei beizubehalten und auf Grossanlagen ohne Eigenverbrauch auszuweiten. Der Verband Swissolar umfasst gut 700 Mitglieder, davon über 500 «Solarprofis» wie Planer, Berater, geprüfte Fachfirmen, Installateure oder Hersteller von Solaranlagen. Präsident ist Roger Nordmann.

«Dekarbonisierung» des Autoverkehrs

Nordmann ist seit 2004 Nationalrat und seit November 2015 Fraktionschef der SP. Er zählt zu den treibenden Kräften der Energiestrategie 2050 und sitzt in der nationalrätlichen Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek). Sein Motto lautet: «Wir brauchen mehr Solarstrom – viel, viel mehr!» Die Fotovoltaik-Kapazität sei von heute zwei auf fünfzig Gigawatt im Jahr 2050 zu bringen. In Vorstössen fordert er den Abbau der Warteliste für Solarenergieprojekte und eine «Dekarbonisierung» des Autoverkehrs.

Tatsächlich meldete das Bundesamt für Energie soeben, die Warteliste bei Einmalvergütungen für grosse Fotovoltaik-Anlagen 2019 werde weiter abgebaut. Wer vor Ende Januar 2014 das Gesuch eingereicht hatte, wird jetzt mit Subventionen bedient, insge-

samt 180 Millionen Franken sind es dieses Jahr. Daneben summieren sich die langfristig laufenden Einspeisevergütungen zu stolzen Beträgen, die bereits früher den Produzenten von Wasser-, Solar- oder Windenergie zugesagt wurden, 2017 machten sie gegen 580 Millionen Franken aus. Mehr als 12 500 Empfänger stehen auf der Einspeiserliste, und je nach Laufzeit sind ihnen jährliche

Beiträge bis 2040 zugesichert.

Woher kommt das Geld? Im Wesentlichen von den Bürgern, die als Stromkonsumenten erhöhte Elektrizitätstarife zahlen. Der Bund sagt es so: Dank höherer Marktpreise für Strom waren die Einnahmen aus dem Netzzuschlagsfonds rund 30 Millionen Franken höher als erwartet. Der Maximalbetrag für den Netzzuschlag, den die Stromverbraucher in den Fördertopf abliefern, war Anfang 2018 von 1,5 auf 2,3 Rappen pro Kilowattstunde (kWh) Energie erhöht worden. Vom Strompreis für die Schweizer Haushalte wird also über ein Zehntel für die Förderung erneuerbarer Energien abgezweigt. Die Energie- und Umweltpolitik ist ein kompliziertes System von Schläuchen, die bei den Bürgern Geld absaugen und in Solarpanels, Windräder, Kraftwerke, Stromnetze, Gebäudeisolierung leiten – und immer auch ein wenig zu Beratern, Planungsbüros, Installationsfirmen, Politikern und Lobbyisten.

Die Solarbranche profitiert immer wieder von Nordmanns Fertigkeit, Mehrheiten zustande zu bringen, um im Energiedossier Gesetzesänderungen in die gewünschte Richtung zu lenken. Nordmann ist auch Präsident der Plattform Pro Solar, die sich mit Schwerpunkt Solarenergie in der öffentlichen Debatte und in politischen Prozessen engagiert, aber sein Engagement geht über das Sonnenlicht hinaus. Im Beirat des Dachverbands Geothermie Schweiz befasst er sich mit der Nutzung von Erdwärme zum Ersatz von fossilen Brennstoffen, und schliesslich arbeitet er im Vorstand des Branchenverbandes Swisscleantech mit.

Swisscleantech hat wenige Tage vor den Zürcher Wahlen eine «Gebäudeklimapolitik» gefordert, bis 2050 müssten alle Gebäude CO₂-frei beheizt werden. Der Markt spiele in diesem Bereich nicht, so dass eine neuartige Gebäudeenergiepolitik nötig sei. Neben Lenkungsabgaben brauche es zusätzliche Massnahmen, etwa die Verpflichtung auf langfristige, schrittweise CO₂-Reduktionen, in Verbindung mit hoheitlichen Risikoabsicherungen im Stil der Exportrisikogarantie oder

der Finanzierungsmechanismen, wie man sie in der Wohnbauförderung kenne.

Im Swisscleantech-Vorstand ist auch Jürg Grossen, seit 2011 Nationalrat der Grünliberalen (GLP) und Präsident der GLP Schweiz. Von Beruf Elektroplaner und Unternehmer, ist er in der Politik ein besonders eifriger Verfechter der Energiewende. Wenn Grossen für das Klima streitet, fällt meistens auch ein Stück für das eigene Geschäft ab. Engagiert ist er in den Firmen Elektrolink, Elektroplan Buchs & Grossen sowie Smart Energy Link in Frutigen. Zudem präsidiert er die Konferenz der Gebäudetechnik-Verbände.

Der Gebäudesektor, der rund einen Viertel der schweizerischen CO₂-Emissionen verursacht, wird durch einen ähnlich dicken Schlauch mit Umweltsubventionen versorgt wie die Solarbranche. Der Finanzzufluss stammt vor allem aus der CO₂-Abgabe auf Treibstoffen sowie aus kantonalen Förderprogrammen. Die CO₂-Abgabe wurde 2008 auf fossilen Brennstoffen wie Heizöl oder Erdgas eingeführt und 2018 auf 96 Franken pro Tonne CO₂ erhöht. Das macht pro Liter Heizöl rund 25 Rappen aus. Zwei Drittel der so eingesam-

Die Energie- und Umweltpolitik ist ein System von Schläuchen, die bei den Bürgern Geld absaugen.

melten Summe werden unabhängig vom Verbrauch gleichmässig an die Bürger zurückbezahlt, etwa via Krankenkassenabrechnung.

Ein Drittel oder maximal 450 Millionen Franken pro Jahr fliessen in die Sanierung von Häusern zur Verminderung von CO₂-Emissionen. Das ergibt eine breite Geschäftsgrundlage für Berater, Installateure und Baufirmen. Sie wird noch breiter, wenn die vor Weihnachten im Nationalrat gescheiterte Revision des CO₂-Gesetzes im Ständerat schärfer gefasst wird, allenfalls mit höheren CO₂-Abgaben und Zusatzbelastungen bei Benzin und Diesel. Abseits davon zieht die Erdölindustrie ein eige-

nes, ähnlich umfangreiches Programm zur CO₂-Kompensation durch, das über die Stiftung Klik abgewickelt wird. Und auf kleinerer Flamme hat die Landwirtschaft mit Hilfe der Bundesämter für Landwirtschaft, für Energie und des Seco die Plattform Agrocleantech für Energieeffizienz, Klimaschutz und erneuerbare Energien aufgebaut. Bauernverbandspräsident Markus Ritter versteht es zudem gut, die Leistungen der Bauern ökologisch einzuordnen.

Die Vorstösse des Cleantech-Politikers Grossen drehen sich auf breiter Front um Klimawandel, Förderung alternativer Energien, Energieeffizienz in der Gebäudetechnik sowie Elektromobilität. So forderte er auch öffentliche Investitionshilfen für den Aufbau von Ladeinfrastruktur für die E-Mobilität zu Hause und am Arbeitsplatz – ganz im Sinne der Organisation Swiss E-Mobility, die er ebenfalls präsidiert.

Massiv geförderte Forschung

Swiss E-Mobility macht Lobbying für die Entwicklung der Elektromobilität in der Schweiz. Der Kampf gegen den Verbrennungsmotor wird etwas weniger radikal geführt als in Deutschland, wo sich selbst grosse Autokonzerne voll dem Elektroantrieb zuwenden wollen und den Staat dabei um Hilfe bitten. Aber auch in der Schweiz werden, synchron zu den EU-Gesetzen, für Neuwagen immer tiefere CO₂-Emissionen mit Bussen bei Übertretung befohlen, nun wird eine Senkung der Obergrenze von 130 auf 95 Gramm pro Kilometer angepeilt. Dabei profitieren Elektrofahrzeuge von einer Art Schummelei, denn sie gelten als emissionsfrei – egal, woher

der Strom und die Batterien stammen.

Beim Forcieren der Elektromobilität macht die Industrie nach Möglichkeit mit. Der ABB-Konzern etwa hofft auf eine staatlich beschleunigte Entwicklung, Konzernchef Ulrich Spiesshofer präsentiert Politikern an Messen Schnellladestationen für E-Autos, in einigen Ländern wurden ganze Netze verkauft. Spiesshofer tritt mit ABB als Förderer der Formel-E-Rennen auf, und im vergangenen Sommer wurden der Stadt Zürich dreissig Schnellladestationen geschenkt.

Wenn es um die Reduktion des herkömmlichen Strassenverkehrs geht, mischt stets auch die Präsidentin der Grünen, Regula Rytz, an vorderster Front mit. Rytz ist seit 2011 Nationalrätin und Mitglied der Kommission für Verkehr- und Fernmeldewesen (KVF). Die Grünen erwägen auch das Referendum gegen den vom Nationalrat in der Frühlingssession beschlossenen Ausbau des Nationalstrassennetzes. «Der Verkehr ist die grösste Quelle von Treibhausgasen in der Schweiz», pflegt Rytz zu sagen. Da trifft es sich gut, dass sie nebenamtlich Verwaltungsrätin der Verkehrsbetriebe Biel ist, die von der Offensive zugunsten des öffentlichen Verkehrs profitieren.

Die Forschung über Öko-Themen und Klimawandel wird von der öffentlichen Hand massiv gefördert. Innosuisse, die Innovationsagentur des Bundes (früher KTI), schüttet im Rahmen ihres Aktionsplans «Koordinierte Energieforschung Schweiz» zwischen 2017 und 2020 insgesamt 139 Millionen Franken aus. Damit will man Lösungen suchen «für die technischen, gesellschaftlichen und politischen Her-